



Dezember 2010

## Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Impact financing: Eine neue Hoffnung für die Entwicklungshilfe?** Seite 2
- **Bevölkerungsexplosion in armen Ländern bedroht Industriestaaten** Seite 2
- **Globale Ernährung ist nur bei sofortigem Handeln gesichert** Seite 3
- **Metropolregionen in Schwellenländern als Nachfrage-Motoren** Seite 4
- **Pakistanisch-amerikanische Beziehungen am Scheideweg** Seite 5
- **Das EU-Integrationsmodell muss überarbeitet werden** Seite 5

Wir wünschen allen Lesern ein frohes Weihnachtsfest  
und einen erfolgreichen Start in das Jahr 2011!

Anzeige

### Studiengang zum Master of Public Policy (MPP)

Die Berliner HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance bietet mit dem berufsbegleitenden Studium zum Master of Public Policy (MPP) einzigartige Möglichkeiten, wegweisende Lösungen für die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart zu entwickeln und konkret umzusetzen.

Das zweijährige Studium ist gleichzeitig intellektuell anspruchsvoll, praktisch wertvoll und höchst partizipativ. Entwerfen, Kommunizieren und Umsetzen gesellschaftlich wertvoller Projekte sind die entscheidenden vermittelten Qualifikationen. Nur in der Kombination erreichen sie die Erfolge, die engagierte Ziele verdienen.

Mehr Informationen unter [www.humboldt-viadrina.org](http://www.humboldt-viadrina.org)

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

#### Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin  
Germany

Tel: +49.30.206 337 88  
Fax: +49.30.246 303 633

[www.atlantische-initiative.org](http://www.atlantische-initiative.org)  
[info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)

#### Vorstand

Dr. Johannes Bohnen  
Jan-Friedrich Kallmorgen

#### Beirat

Dr. Rudolf Adam  
Dr. Ronald D. Asmus  
Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Christoph Bertram  
Carl-Eduard von Bismarck  
Dr. Philip v. Boehm-Bezing  
Dr. Mark Brzezinski  
Jürgen Chrobog  
Thomas L. Farmer  
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger  
Dr. Jeffrey Gedmin  
Prof. Dr. Helga Haftendorn  
Dr. John C. Hulsman  
Dr. Michael J. Inacker  
Dr. Jackson Janes  
Marvin Kalb  
Dr. Walther Leisler Kiep  
Eckart von Klaeden  
Hans-Ulrich Klose  
John Kornblum  
Dr. Charles Kupchan  
Alexander Graf Lambsdorff  
Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Dr. Beate Lindemann  
Heike MacKerron  
Dr. Norbert Otten  
Cem Özdemir  
Ruprecht Polenz  
Avi Primor  
Andrew Rasiej  
Prof. Dr. E. Sandschneider  
Prof. Dr. h.c. Horst Teltchik  
Karsten D. Voigt  
Lord Wallace

#### Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.  
Bankhaus LÖBBECKE AG  
Bankleitzahl: 100 30 500  
Kontonummer: 12 57 95 00

#### Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg  
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701  
USt-IdNr.: DE 252416799

## **Impact financing: Eine neue Hoffnung für die Entwicklungshilfe?**

John Simon und Julia Barmeier, More than Money: Impact Investing for Development, *Center for Global Development*, 06.12.2010

In der Entwicklungshilfe macht ein neues Finanzierungsmodell von sich reden. Es handelt sich um Investitionen in Entwicklungsländern, die neben Profitüberlegungen explizit eine Verbesserung der Lebensqualität der betroffenen Zielgruppen vor Ort bewirken sollen. Vorläufig wird dieses Finanzinstrument auf Englisch unter dem Sammelbegriff *impact financing* geführt. Die begrifflichen Streitigkeiten dauern jedoch an und stellen nur eines der vielen Probleme dar, die in diesem vielversprechenden Bereich dringend gelöst werden müssen.

Dieser neue Ansatz für die Entwicklungshilfe bietet großes Potential: In zehn Jahren könnten jährlich bis zu 500 Mrd. US-Dollar mobilisiert werden. Heute sind es lediglich 300 Mio. US-Dollar pro Jahr. Der Trend zu rasantem Wachstum ist abzusehen: Die Gates Stiftung will sich mit 400 Mio. US-Dollar am *impact investment* beteiligen und eine [Analyse](#) hat ergeben, dass allein der Privatsektor in den USA 120 Mrd. US-Dollar pro Jahr aufbringen könnte. Obwohl sozial-orientierte Investments nicht neu sind, ist ihr Vordringen in Bereiche wie das Gesundheitswesen oder den Hausbau für niedrige Einkommensschichten revolutionär. Entscheidend ist, dass die Investitionen gezielt in Bereiche fließen, die bisher nicht von ausländischen Direktinvestitionen profitieren. So engagiert sich zum Beispiel in Westafrika eine IT-Firma, um drahtlose Breitbandverbindungen preisgünstig für die Bevölkerung bereit zu stellen. Dies wird über das ursprüngliche Geschäftsmodell hinaus positive Auswirkungen auf deren wirtschaftliche und soziale Entwicklungsmöglichkeiten haben. Für *impact financing* sind besonders *frontier markets* von Interesse, die sich in Ländern in denen die Regierung nur begrenzt handlungsfähig ist befinden. Denn gerade hier kann am meisten bewirkt werden, und kommerzielle Investoren stellen keine Konkurrenz dar. Allerdings bedarf es in diesem Rahmen auch eigener Geschäftsmodelle: So hat sich die Prepaid-Karte zum Aufladen von Mobilfunkguthaben in vielen Ländern als sehr nützlich erwiesen, in denen Verbraucherkredite kaum bekannt sind. Im Idealfall bereiten diese Investitionen sogar kommerziellen Investoren den Weg, indem sie durch ihre Pioniertätigkeit Risiken für geschäftliches Engagement aus dem Weg räumen.

Befürworter des neuen Finanzierungsansatzes glauben, dass diese Art von profit- und sozialorientierten Investitionen die öffentliche Entwicklungshilfe auf lange Sicht überflügeln kann. Doch damit das Wirklichkeit wird, muss vor allem die Lizenzierung und Registrierung für die Unternehmen erleichtert werden. Ihr Investment sollte als programmorientierte Investition (PRI) deklariert und mit steuerlichen Vorteilen ausgestattet werden. In den USA beispielsweise gibt es in einzelnen Bundesstaaten bereits die Möglichkeit, low-profit limited liability companies (L3C) zu gründen. Andere Staaten sollten ähnliche Bestimmungen in ihr Steuerrecht einführen. Für Investoren wäre es zudem hilfreich, wenn sie von Entwicklungsfinanzinstitutionen anfänglich Schützenhilfe erhielten, ähnlich wie bei der Mikrofinanzierung. Gleichzeitig muss der Sektor insgesamt dringend transparenter werden. Die beteiligten Unternehmen sollten unbedingt besser untereinander kommunizieren, um *best practices* und Schwachstellen bei Investitionen zu identifizieren. [Mehr...](#)

## **Bevölkerungsexplosion in armen Ländern bedroht Industriestaaten**

Steffen Angenendt und Wenke Apt, Die demographische Dreiteilung der Welt, *Stiftung für Wissenschaft und Politik*, November 2010

Die Weltbevölkerung wächst rasant: Bis 2050 wird es 9,1 Mrd. Menschen geben, etwa ein Drittel mehr als heute. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter weltweit von heute 29 auf 38 Jahre. Während besonders in den Industrienationen die Bevölkerung abnimmt und altert, wird es immer mehr junge Menschen in den armen und ärmsten Ländern der Erde geben. Die sich daraus ergebenden strukturellen Veränderungen in der Zusammensetzung der Weltbevölkerung werden in Verbindung mit Klimawandel und Ressourcenknappheit das Konfliktpotential bedrohlich ansteigen lassen. Alle Staaten müssen diese Entwicklung in ihre sozial- und sicherheitspolitischen Überlegungen einbeziehen.

Bereits heute zeichnet sich eine demographische Dreiteilung der Welt ab, aus der sich sicherheitspolitische Konsequenzen ergeben: Die „erste Welt“ bilden reiche, aber alternde Industriestaaten, deren Bevölkerungen größtenteils schrumpfen. Eine „zweite Welt“ besteht aus Schwellenländer, die sich wirtschaftlicher Dynamik und einer stabilen

Bevölkerungsentwicklung erfreuen. Am gefährlichsten für die internationale Sicherheit sind die Staaten der so genannten „dritten Welt“: Aufgrund eines rasanten Bevölkerungswachstums bei gleichzeitig überwältigender Armut stehen die oft nur eingeschränkt handlungsfähigen Regierungen einem frustrierten und potentiell aggressiven *youth bulge* gegenüber. Dieser Überschuss an männlichen Jugendlichen, denen Erwerbsmöglichkeiten und Lebensperspektiven fehlen, zieht einen dramatischen Anstieg der Konfliktbereitschaft nach sich. In den betroffenen Ländern kann dies zu starken innen- und außenpolitischen Spannungen führen: Innenpolitisch ist besonders die rasante Urbanisierung eine große Herausforderung. Die hohe Bevölkerungsdichte und die unkontrollierte Verstädterung fördern Kriminalität und Gesetzlosigkeit – ein Problem, das auch die Staaten der „zweiten Welt“ haben. Hinzu kommen eskalierende Auseinandersetzungen um knappe materielle Ressourcen und den sozialen Status: Dadurch werden die zwischenstaatlichen Konflikte zunehmen, da die politischen Eliten versuchen werden, den innenpolitischen Druck durch kriegerische Auseinandersetzungen abzulassen. Außerdem werden schwer kontrollierbare Migrationsbewegungen vorzugsweise in Richtung „erste Welt“ einsetzen. Zwar ist dort eine begrenzte Zuwanderung sogar erwünscht, um den Arbeitskräftebedarf zu decken. Unkontrollierte Flüchtlingsströme aber können die soziale Kohärenz gefährden, besonders wenn die Einwanderer sich aufgrund kultureller oder religiöser Unterschiede abgrenzen oder marginalisiert werden.

Auch sicherheitspolitisch sind die alternden Industriestaaten in der Zwickmühle. Es fehlt der politische Wille, weiter hohe Militärausgaben zu tätigen. Dabei wäre angesichts der weltweit rasant steigenden Konfliktbereitschaft sogar eine Steigerung der Verteidigungsausgaben notwendig. Staaten wie Deutschland versuchen, diesem Dilemma mit Hilfe der Entwicklungspolitik zu begegnen und legen ihre Hoffnung zum Beispiel auf die Wiederbelebung von Programmen zur Familienplanung in den Entwicklungsländern. Der Wissenstransfer in Richtung „zweite“ und „dritte Welt“ muss dringend intensiviert werden, besonders was die sekundäre Schulbildung für Frauen, städteplanerisches Wissen und Kenntnisse um die Schaffung nachhaltiger sozialer Systeme betrifft. Bevölkerungsbewegungen sollten durch bilaterale und multilaterale Migrationsprogramme gesteuert werden, die die Interessen von Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen und für einen friedlichen Verlauf sorgen. Der Flüchtlingsschutz sollte dabei materiell und logistisch vor Ort in den Entwicklungsländern sichergestellt werden. [Mehr...](#)

### **Globale Ernährung ist nur bei sofortigem Handeln gesichert**

Gerald C. Nelson et al., Food Security, Farming, and Climate Change to 2050, *International Food Policy Research Institute*, Dezember 2010

Im letzten Sommer gab es einen Vorgeschmack darauf, was uns in Zukunft in Bezug auf die Nahrungsmittelsicherheit erwartet: Dürre und Waldbrände in Russland führten zu einem Ausfuhrverbot für russischen Weizen und starken Preisschwankungen auf den internationalen Märkten. Der Klimawandel und das rasante Bevölkerungswachstum werden die Versorgungssicherheit in den nächsten Jahren noch weiter in Frage stellen. Damit bis zum Jahr 2050 die Nahrungsmittelversorgung sichergestellt bleibt, muss dringend in den landwirtschaftlichen Bereich investiert werden.

Bis zum Jahr 2050 werden über 9 Mrd. Menschen die Erde bevölkern. Viele leben dann in Ländern, in denen aufgrund von steigendem Einkommen und verändertem Konsumverhalten die Nachfrage nach Lebensmitteln zusätzlich steigt. Die globale Erwärmung wird den Anbau bestimmter Pflanzen in manchen Regionen erschweren oder unmöglich machen. Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen werden 2050 etwa 10% mehr Kinder als heute von Unterernährung betroffen sein. Abhilfe schaffen kann nur eine erhöhte Produktivität in der Landwirtschaft: Besonders der Anbau von Mais, Weizen, Reis und Maniok, wichtige Grundnahrungsmittel in den Entwicklungsländern, muss gefördert werden. So ist es laut Schätzungen möglich, bei hybriden Maissorten die intrinsische Produktivitätswachstumsrate (IPR) um 2,5 % pro Jahr bis in die späten 2030er Jahre zu steigern. Wenn dies den Ländern, die für 80% des weltweiten Anbaus verantwortlich sind (USA, China, Europa, Mexiko, Argentinien, Brasilien, Südafrika) gelingen würde, wird dies bis 2050 einen beträchtlichen Unterschied im Weltmarktpreis für Mais ausmachen. Legt man die Annahme zugrunde, dass ein IPR von 2% pro Jahr bis 2050 erreichbar ist, dann würde dies eine Preisanstieg bis 2050 von nur 12% bedeuten – gegenüber 101% bei unveränderter Produktivität. Allerdings ist zu erwarten, dass die Preisgestaltung immer stärker von extremen Wetterereignissen und Ernteauffällen auf regionaler Ebene

getrieben wird. Hier hilft die Produktivitätssteigerung allein wenig. Der internationale Handel hingegen bietet die Möglichkeit, Produktionsverluste auszugleichen. Er kann aber nur funktionieren, wenn protektionistische Zölle weitgehend aus dem Weg geräumt sind. Um der Forderung eine bessere Reaktion auf den schwer vorhersehbaren Klimawandel zu ermöglichen, könnten Bürger weltweit helfen. Sie könnten die Experten beispielsweise mit Mobiltelefonen, die über GPS und Kameras verfügen, bei der Sammlung von Daten unterstützen.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen kann es im Idealfall gelingen, bis 2050 die Nahrungsmittelversorgung größtenteils sicherzustellen. Eckpfeiler hierfür sind nachhaltiges, breitenwirksames Wirtschaftswachstum und freier internationaler Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Ebenfalls wichtig sind Investitionen in Humankapital und in die Infrastruktur. Für den Zeitraum 2010 bis 2050 kann hierdurch die Anzahl der unternährten Kinder um bis zu 45% verringert werden. Zusätzliche staatliche Investitionen, die die landwirtschaftliche Produktivität um 40% erhöhen, könnten weitere 37% vor Unterernährung bewahren. Doch dies kann nur geschehen wenn bereits heute die notwendigen Maßnahmen – auch mit Blick auf den nachhaltigen Einsatz von Land, Wasser und Nährstoffen – ergriffen werden. [Mehr...](#)

### **Metropolregionen in Schwellenländern als Nachfrage-Motoren**

Alan Berube et al., Global Metro Monitor: The Path to Economic Growth, *Brookings Institution*, 30.11. 2010

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird in Zukunft von einem Netzwerk aus Beziehungen zwischen den sogenannten Metropolregionen bestimmt werden. Metropolregionen sind Großstädte, ihre Vororte und Teile ihrer ländlichen Umgebung, die eine wirtschaftliche Einheit bilden. Der zu erwartende rasante Aufstieg der Metropolregionen in Schwellenländern wird sich auf die globale Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen auswirken. Daher sollten sich die Großstädte der Industrieländer schon jetzt auf diese Veränderungen einstellen, um Arbeitsplätze und Einkommen ihrer Bewohner dauerhaft sichern zu können.

Bis zum Jahr 2020 wird gut ein Viertel der globalen Mittelschicht in den Metropolregionen der Schwellenländer (hauptsächlich in Indien, China und Brasilien) leben. Auch wenn die Metropolregionen wirtschaftlich unterschiedlich stark entwickelt sind (2007: Bruttowertschöpfung pro Kopf im indischen Hyderabad bei unter 1.000 US-Dollar; in Zürich bei ca. 70.000 US-Dollar): Alle Metropolregionen der Welt haben gemeinsam, dass ihre wirtschaftliche Leistung die anderer Städte und Gemeinden in ihrem regionalen und nationalen Kontext bei weitem übertrifft. Dies gilt besonders für die rasant wachsenden Metropolen Osteuropas und Asiens. Dort verdienen Einwohner in den Großstädten bis zu 90% mehr als im nationalen Durchschnitt. Gleichzeitig stellt die wachsende Mittelschicht völlig neue Ansprüche an die Regierungen. Sie erwartet bessere Umweltbedingungen sowie Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten, fordert verstärkt die Beteiligung an politischen Organisationen und steigert die Nachfrage nach Konsumgütern. Dies kann dazu beitragen, die regionale Wirtschaft anzukurbeln und den internationalen Handel anzuregen. Die Konzentration wirtschaftlicher und finanzieller Kräfte in diesen Metropolregionen birgt aber auch die Gefahr der Bildung von Spekulationsblasen. Diese haben in den Metropolregionen der Industrieländer die jüngste Wirtschaftskrise ausgelöst. In Ländern wie China, Indien und Brasilien kann dies vermieden werden, indem heute noch zweitrangige Metropolregionen als Sicherheitsventile dienen und überschüssige Investitionen auffangen.

Diese Kräfteverschiebung in Richtung der Metropolregionen in den Schwellenländern sollte von den USA und Europa nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance begriffen werden. Denn die große Nachfrage, die in diesen Zentren nach Produkten und Dienstleistungen aus den Industrieländern herrscht, wird noch weiter steigen. Sie wird zum Motor für Wachstum in den Städten des Nordens werden und hat das Potential, dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen und nachhaltig Wohlstand zu generieren. Jetzt müssen amerikanische und europäische Metropolregionen intensiv auf ihre Stärken im Exportbereich aufbauen. Besonders ihre Kenntnisse im Innovationsbereich und bei der Anpassung an die emissionsarme Wirtschaft bieten gute zusätzliche Möglichkeiten, um Export und Umsatz zu steigern. Doch wollen die Metropolregionen der Industrieländer in diesen Bereichen führend bleiben, müssen nationale Regierungen die Städte beim Ausbau der Infrastruktur, dem Aufbau innovativer Institutionen und der Bildung von Humankapital aktiver unterstützen. [Mehr...](#)

## **Pakistanisch-amerikanische Beziehungen am Scheideweg**

Fouad Ajami, Pakistan and America, *Policy Review*, Dezember 2010/Januar 2011

Falls die US-Streitkräfte im nächsten Jahr mit dem Abzug aus Afghanistan beginnen, werden sich auch die Beziehungen Washingtons zu den anderen Staaten Südasiens grundlegend ändern. Am gefährlichsten erscheint dies in Bezug auf Pakistan. In westlichen Regierungszirkeln wird befürchtet, dass das Land – sobald es seine Bedeutung für Washington im Zusammenhang mit Afghanistan verloren hat – im Chaos versinkt. Damit dies nicht geschieht, sollten die USA ihre Beziehungen zu Islamabad nicht nur überdenken, sondern auch das Land dazu anhalten, die eigene Entwicklung stärker selbst in die Hand zu nehmen.

Denn das Bild Pakistans als Land am Rande des Abgrundes ist in der Vergangenheit auch von der pakistanischen Führungselite genährt worden. Anscheinend schaffte sie es nur durch ständig neue Hilfszahlungen, Ruhe und Ordnung in dem Land, das immerhin über Atomwaffen verfügt, zu garantieren. Trotzdem ist es heute nur in Lahore und Islamabad einigermaßen ruhig, während die Lage in Karachi zunehmend von Unruhen gekennzeichnet ist. Außerhalb der Großstädte herrschen Stammesführer, religiöse Fanatiker und gesetzlose Banditen. Auch ist die ganze Provinz Belutschistan, die sich über 40% des Landes erstreckt, von nationalistischen Auseinandersetzungen betroffen. Die dortige Bevölkerung hält den Staat an sich für eine Erfindung der verfeindeten Paschtunen und der Bewohner des Punjab, die nur deren Machterhalt diene. Für die meisten Pakistaner allerdings bleibt Washington das größte Feindbild: Laut einer Untersuchung des Pew Research Centers sehen 60% der pakistanischen Bevölkerung die USA als Feind. Auch die Hilfsleistungen der USA, die sich seit 2001 auf 18 Mrd. US-Dollar belaufen (zusätzlich 7,5 Mrd. US-Dollar für Infrastrukturausbau und Wirtschaftshilfe), können in einer solchen Atmosphäre wenig ausrichten. Sie werden von der Bevölkerung als Zahlungen zur Unterstützung der Militärs gesehen, die wiederum unbehelligt die Zivilgesellschaft unterdrücken. Selbst die 450 Mio. US-Dollar, die nach den Überschwemmungen des letzten Sommers als humanitäre Hilfe ins Land kamen, änderten daran wenig.

Dennoch ist die Lage nicht ganz so verzweifelt, wie in vielen westlichen Regierungszirkeln angenommen wird. Denn Pakistan verfügt über eine gebildete Mittelschicht, ein unabhängiges Rechtssystem und eine aktive Presse. Dies sind Kräfte, die es zu unterstützen gilt. Anstatt Hilfsgelder auszuhändigen, kann Washington Ressentiments effektiver abbauen, indem der Kongress protektionistische Zölle auf pakistanische Textilien streicht. Die Textilindustrie macht 60% des pakistanischen Exports aus und stellt 40% der Arbeitsplätze im Fertigungssektor. Auch Pakistan selbst kann einiges tun: Steuern, von denen heute lediglich ein Bruchteil gezahlt werden, müssen konsequenter eingetrieben werden. Erst ein wirtschaftlicher Aufschwung kann die Pakistaner dazu bringen, sich auf ihre inneren Angelegenheiten zu konzentrieren. Dies wird ihnen nur gelingen, wenn sie ihre Forderungen im Zusammenhang mit der Kaschmir Problematik moderater gestalten. Der Kaschmir-Konflikt wird sich in absehbarer Zeit nicht lösen lassen. Er darf aber auch nicht weiterhin die knappen Ressourcen verschlingen. [Mehr...](#)

## **Das EU-Integrationsmodell muss überarbeitet werden**

Torbjörn Becker et al., Whither growth in central and eastern Europe? *Bruegel*, 24.11.2010

Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (CESEE), die im Zuge der EU Osterweiterung eine Mitgliedschaft angestrebt oder schon erreicht haben, erholen sich nur langsam von der Finanzkrise. Noch dazu haben sie unter der Krise stärker gelitten als andere Staaten. Experten wurden von dieser Entwicklung überrascht, da sie erwartet hatten, dass die Integrationsbemühungen diese Länder schützen würden. All dies hat dem Ansehen des EU-Integrationsmechanismus geschadet. Dennoch ist das Integrationsmodell der EU immer noch der beste Garant für Wirtschaftswachstum in der Region. Doch auf nationaler wie auf EU-Ebene muss das Modell dringend überarbeitet werden, damit die EU-Erweiterung auch wirtschaftlich ein Erfolg wird.

Vor der Krise zeichnete sich das Wachstumsmodell in den CESEE Ländern durch ein hohes Maß an Überschneidung mit der EU besonders im Finanzbereich und beim Handel aus – auch in den Staaten, die noch nicht formal der EU beigetreten waren. Ihre Entwicklung unterschied sich zudem deutlich von der anderer Schwellenländer: Erstens profitierten sie von einem enormen Nettozufluss ausländischen Kapitals. Von Null Prozent im Jahr 1989 stiegen die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) auf 5% des BIP

in 2006/2007. Zweitens wuchs das Verhältnis von Außenhandel zu BIP schnell und war bald ungewöhnlich hoch, höher als in den EU-15 Staaten. Durch den Fokus auf geldpolitische Maßnahmen im Integrationsprozess wurde aber der makroökonomische Schaden, der durch unausgewogene Außenhandelsbilanzen entstand, lange Zeit ignoriert, nicht zuletzt aufgrund der Logik des gemeinsamen Marktes. Drittens wurden die Finanzsysteme fast ausnahmslos von westeuropäischen Banken übernommen. Dies trug zusammen mit dem starken FDI zur Erleichterung der Kreditvergabe bei und führte zu einem Boom auf dem Immobilienmarkt und beim Konsum, teilweise sogar zur Überhitzung. Diese Entwicklung wäre selbst ohne Finanzkrise langfristig nicht tragbar gewesen. Als die Krise 2008 einsetzte, waren ihre Auswirkungen umso gravierender: In den Baltischen Staaten beispielsweise fiel die Produktion im Jahr 2010 um 30% bis 40% niedriger aus als 2007 prognostiziert.

Die Krise hat gezeigt, dass das EU-Integrationsmodell teilweise zu kurz greift: Heute sollten besonders EU-Instrumente wie die Finanzierung durch die Europäische Investitionsbank und den EU-Strukturfond besser genutzt werden, um Produktivität und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Zweitens müssen die Voraussetzung für die finanzielle Integration verbessert werden: Die Umstrukturierung von Schulden im Banken- und Privatbereich muss von entsprechenden geldpolitischen und überwachungstechnischen Maßnahmen begleitet werden. Es bedarf eines robusten Rahmens für die Kontrolle von Banken, und einer besseren Aufteilung der Verantwortung zwischen dem Heimat- und dem Gastland. Drittens sollte die EU Anwärterstaaten bessere Konditionen zum Euro Beitritt ermöglichen. Wichtig ist hier die Rolle ihrer Wechselkursstrategien, wobei eine Bindung an den Euro meist nicht wünschenswert ist. Viertens muss in der Beurteilung der Nachhaltigkeit der Geldpolitik in Anwärterländern die Anfälligkeit des Privatsektors stärker berücksichtigt werden. Um die Finanzpolitik in neuen Mitgliedsstaaten und Anwärterländern zu unterstützen, müssen die makrofinanziellen Hilfsprogramme der EU für diese Länder dringend gestärkt werden. [Mehr...](#)

---

### Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank [atlantic-community.org](http://atlantic-community.org)! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



[ATLANTIC-COMMUNITY.ORG](http://ATLANTIC-COMMUNITY.ORG)

---

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chris Wilcox/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)